

den. Ein Jahr nach der Weltmissionskonferenz wird dann 1989 eine Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung folgen und 1990 eine Weltkonferenz über „Gerechtigkeit, Frieden und Ganzheit der Schöpfung“. Damit wird ein Grundanliegen der sechsten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver aufgenommen (vgl. HK, September 1983, 402–406). Für 1987 ist eine Konsultation über das Thema „Miteinanderteilen von Ressourcen“ vorgesehen, eine Frage, die den ÖRK schon seit Jahren beschäftigt. Eine Konsultation im Herbst 1986 wird sich mit Problemen der zwischenkirchlichen Hilfe und der Flüchtlingshilfe befassen.

Brief an die Bischofssynode

Auch wenn im Augenblick noch nicht abzusehen ist, wie der vom Zentralausschuß jetzt beschlossene Rahmen in den nächsten Jahren gefüllt wird: Dem Weltkirchenrat steht nach dem Willen seiner führenden Amtsträger eine Phase der *Konsolidierung* und der *Selbstbesinnung* bevor, was dem Verhältnis nicht zuletzt zu den deutschen Mitgliedskirchen durchaus zugute kommen könnte (sie tragen im übrigen den größten Anteil zum ÖRK-Haushalt bei). Erste Reaktionen bundesdeutscher Zentralausschußmitglieder ließen denn auch Erleichterung über den in Buenos Aires eingeschlagenen Weg erkennen. So sprach der Westberliner Bischof *Martin Kruse* von ei-

ner „inneren Entspannung“ im ÖRK, und der württembergische Oberkirchenrat *Walter Arnold* urteilte, das Ringen um die Einheit der Kirchen und das gesellschaftspolitische Handeln seien wesentlich stärker im Gleichgewicht als früher.

Arnold sprach auch davon, daß der Intensivierung der Beziehungen des ÖRK zur *katholischen Kirche* wieder das Interesse beigemessen werde, das besonders die EKD seit langem gewünscht habe, und verwies auf den *Brief an die außerordentliche Vollversammlung der Bischofssynode*, der vom Zentralausschuß in Buenos Aires verabschiedet wurde. In dem Brief heißt es, die Synode sei von großer Bedeutung für die Einheit der Kirche und für die ökumenische Bewegung. Man hoffe, so der Zentralausschuß weiter, daß die Synode die für das Zweite Vatikanum kennzeichnende ökumenische Offenheit bekräftigen und stärken werde. Der Brief nennt den theologischen Dialog und das gemeinsame Zeugnis angesichts von Friedensgefährdung, Umweltzerstörung und der ethischen Herausforderungen von Wissenschaft und Technologie als Felder, auf denen die weitere Zusammenarbeit von Weltrat und katholischer Kirche notwendig sei.

Auch Emilio Castro blickte in seinem Rechenschaftsbericht auf das Konzil zurück und erinnerte an den Besuch Johannes Pauls II. in Genf vor einem Jahr (vgl. HK, Juli 1984, 300–301). Dieser Besuch habe die noch beste-

henden Schwierigkeiten auf dem Weg zur Einheit offiziell deutlich gemacht. Man müsse sich jetzt daranmachen, die wirklichen Probleme zu lösen, „vor allen Dingen die Probleme im Zusammenhang mit dem Lehramt des Bischofs von Rom und der Autorität, die diesem gemäß der katholischen Doktrin und Praxis zukommt.“

Daß der Generalsekretär in diesem Zusammenhang die *römische Maßregelung von Leonardo Boff* rügte, trug ihm katholische Kritik ein. Msgr. *Basil Meeking* vom vatikanischen Einheitssekretariat, der als katholischer Beobachter an der Zentralausschußtagung teilnahm, erklärte, es sei schwer, die Bemerkung Castros nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche zu betrachten. Castro räumte seinerseits ein, vielleicht einen „diplomatischen Fehler“ gemacht zu haben. Seine Formulierungen zum Fall Boff waren allerdings in der Sache durchaus im Rahmen: Der Generalsekretär sagte, man respektiere die Disziplinarmaßnahmen einer Schwesterkirche, fühle sich aber in aller Freundschaft verpflichtet, auf ihre negativen Auswirkungen für die Evangelisation hinzuweisen. „Wir haben“, so Castro, „vom ökumenischen Standpunkt aus Schwierigkeiten, diese Maßnahmen zu vereinbaren mit der Entscheidung für die Kollegialität, für die Respektierung der nationalen Kirchen und für die Inkulturation“, die der Papst in seiner Slawenzyklika so nachdrücklich verteidigt habe. *U. R.*

Das Konzil neu gelesen

Italiens Kirche nach dem Kongreß von Loreto und der Konkordatsrevision

Hätte es zu Beginn des Hochsommers nicht den „doppelten Dambruch“ gegeben, den entsetzlichen im Trientiner Fleimstal mit fast 300 Toten und den letztlich wohl heilsamen, aber alle verdrängten konstitutionellen Schwächen der italienischen Wirtschaft bloßlegenden Einbruch der Lira mit der ihm folgenden achtprozentigen Abwertung, das Land wäre in diesem Sommer geradezu in eine allgemeine Euphorie verfallen. Denn in den letzten Monaten erreichte Italien politisch ein Ausmaß an innerer Festigung und – wenigstens scheinbar – auch an Handlungsfähigkeit, wie es die meisten Vorgängerinnen der gegenwärtigen Regierung des Sozialisten *Bettino Craxi* nicht

einmal erträumen konnten. Kein geringerer als der Präsident der Europäischen Kommission, der französische Sozialist *Jacques Delors*, machte jüngst den Italienern das Kompliment, man werde künftig junge Politikwissenschaftler gerade in ihr Land schicken müssen, damit sie lernen, was politische Stabilität sei (vgl. *Corriere della Sera*, 31. 7. 85). Delors sagte das allerdings nicht ohne zu bemerken, wirtschaftlich gelte für das Land nicht das gleiche und die plötzlich eklatant gewordene Schwäche der Lira habe strukturelle Ursachen; vor allem habe sie mit der hohen Staatsverschuldung und kaum begrenzten Defiziten staatlicher und halbstaatlicher Haushalte zu

tun. Er hätte hinzufügen können, ein Land, dessen öffentliche Verschuldung das Bruttosozialprodukt zu überschreiten droht, bewegt sich auf jeden Fall am Rande des Ruins.

Ein neues Gefühl von Stabilität

Trotzdem: politisch hat sich Italien in letzter Zeit für seine Verhältnisse ungewöhnlich entwickelt. Die Regierung blieb seit den Wahlen von 1983 trotz periodischer Schwierigkeiten so ziemlich ungefährdet im Amt. Die Democrazia Cristiana konnte sich als *erster* Regierungspartner Craxis und als Partei der relativen Mehrheit nach dem großen Wählereinbruch von 1983 behaupten. Sie verlor zwar bei den letzten Regional- und Gemeindewahlen im Frühjahr (vgl. HK, Juni 1985, 251) gegenüber den vorausgegangenen Gemeindewahlen, konnte ihren Anteil gegenüber den Parlamentswahlen aber wieder auf 35 Prozent steigern.

Aus der gefürchteten Überholung, dem „sorpasso“, durch die Kommunisten, die seit dem Tode *Enrico Berlinguere* isolierter und schwächer denn je sind, wurde nichts. Das Führungspersonal, auch das der DC, ist gegenwärtig unangefochten. Daß DC-Chef *Ciriaco de Mita* für die Wahl des Christdemokraten *Francesco Cossiga* als Nachfolger des 88jährigen, über Italien hinaus populären *Sandro Pertini* eine so breite „Koalition“ zustande brachte, daß dieser bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit überschritt, macht den lange umstrittenen, mit der geradezu fürchterlichen Wahlniederlage von 1983 (vgl. HK, August 1983, 349–354) behafteten Nationalsekretär in seiner Position wenigstens für eine gewisse Zeit fast unangreifbar.

Die Regierung hat auch das an sich überflüssige Referendum zur Lohnleitklausel („scala mobile“) einigermaßen honorig überstanden. Die Kommunisten konnten selbst daraus keinen Honig saugen, und bei den „Regierungsbildungen“ in den Regionen, Provinzen und Gemeinden im Juli und August fielen die Kommunisten der Reihe nach aus den diversen Stadt- und Regionalverwaltungen heraus und traten „giunte“ des „Pentapartito“, der Fünferkoalition der Mitte, teils unter DC-, teils unter sozialistischer Führung an deren Stelle. Nicht nur im römischen Kapitol amtiert in der Person des *Giulio Andreotti* nahestehenden mehrmaligen Ministers *Nicola Signorello* wieder ein Christdemokrat (wobei ihm in dem RAI-Journalisten und Opus-Dei-Mann *Alberto Micheli*, der bei den Gemeindewahlen in Rom die meisten Vorzugstimmen erhalten hatte, beinahe noch ein parteiinterner Konkurrent zuge wachsen wäre). Auch zahlreiche andere Groß- und Industriestädte des Landes (Turin, Mailand etc.) haben sich der Fünferkoalition angeschlossen. Auch der Süden und selbst der rote Gürtel im nördlichen Mittelitalien blieb davon nicht unberührt. Ein wichtiges Gegenbeispiel ist Florenz, aber selbst im traditionell ebenso roten wie bürgerlichen Bologna reichte es nur zu einer kommunistischen Minderheitsregierung. Die Sozialisten ließen die Kom-

munisten im Stich. Die auf diese Weise homogener werdende politische Landschaft Italiens läßt zusätzlich Stabilität erwarten.

Natürlich macht gerade in Italien so viel „Vernunft“ und Kooperationsbereitschaft auch mißtrauisch. Der römische Politikwissenschaftler *Antonio Lombardo* kündete in einem Leitartikel des „Corriere della Sera“ (5. 8. 85) denn auch schon einen instabilen Herbst an: Das italienische Parteiensystem mit seinen vielen „correnti“ erlaubte trotz allem nicht einmal mittelfristige Stabilität. Wie in der Vergangenheit fast immer werde seine Rechnung auch diesmal wieder aufgehen, was Craxi selbst prompt zu einem „Dementi“ veranlaßte.

Natürlich wird die parlamentarische Neigung der Italiener zu diffizilen künstlichen Gleichgewichten, die oft mehr Mangel an Entscheidungskraft als ein Überschuß an Augenmaß ist, so manchen Abgeordneten und Teile der Regierungsparteien wieder dazu bringen, auch mit den Kommunisten ein wenig zu paktieren mit dem Argument, man möge doch nicht wieder die alten „historischen Zäune“ aufrichten, sondern bedenken, daß eine immer mächtige KPI in der Isolierung mehr schade denn als gelegentlicher stiller Partner.

Der Einbruch der Lira führte den Italienern nicht nur ihre Währungsprobleme, sondern auch ihre weitgehende nationale Konsensunfähigkeit in wirtschaftspolitischen Fragen vor Augen. Die Katastrophe im Fleimstal legte auf eine geradezu archetypische Weise alte Laster und Wunden bloß. Und in Palermo schlug mitten im Hochsommer die Mafia gleich mehrmals zu, wobei dann die Polizei nicht nur die Opfer zu beklagen hatte, sondern ihrerseits ins Gerede kam. Und das, nachdem der Terrorismus nach Serienerfolgen der Fahndungsbehörden, wenn schon nicht endgültig besiegt, so doch zurückgedrängt schien, und auch Camoña und Mafia selbst, nachdem in der Bevölkerung, nicht zuletzt unter kräftiger Mitwirkung kirchlicher Persönlichkeiten, die Abwehrkräfte sich auch im psychologischen Vorfeld zu forcieren begannen.

Aber selbst der Mafia scheint die Regierung diesmal, nachdem sie immer mehr Vertreter der Staatsgewalt selbst zu ihren Opfern macht, Handlungsfähigkeit demonstrieren zu wollen. Jedenfalls schickte sie nach den letzten Morden und heftigen Protesten aus den Reihen der Polizei selbst ca. 2000 Sondereinheiten zur Verstärkung unter anonymer Leitung ins Epizentrum der „ehrenwerten Gesellschaft“ nach Palermo. Und Staatspräsident Cossiga – erst vor wenigen Wochen gewählt und als Verfassungsjurist sich über die Grenzen seines Amtes sicher im klaren – schrieb mitten im August einen energischen Brief (vgl. Wortlaut in Corriere della Sera, 10. 8. 85) an den Ministerpräsidenten, in dem er rasche Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen forderte und vor allem eine zielstrebige Reform der schlecht, ineffizient und teuer organisierten staatlichen Wirtschaftsverwaltung anmahnte.

Aber was immer aus der neu demonstrierten Handlungsfähigkeit wird, sicher ist, daß im ganzen Lande, wenn auch im Süden am wenigsten, seit langem zum erstenmal das Gefühl vorherrscht: man habe wieder Boden unter

den Füßen. So hat denn auch die immer wieder debatierte und geforderte „Institutionenreform“, alle drei Gewalten (die Legislative, die Exekutive und die Judikative) und ebenso die gesamte Verwaltung betreffend, Aussicht, nicht in allem bloß Papier zu bleiben. Und was immer daraus wird, von einem „neuen Anlauf“ sprechen auch die ganz Nüchternen und die Überschwenglichen von einer „Zweiten Republik“.

„Nach Loreto“: Ein neues Selbst- und Weltbewußtsein

Es mag reiner Zufall sein, aber eine ähnlich verbreitete Zuversicht läßt sich gegenwärtig auch in der *Kirche Italiens* feststellen. Was politisch als neuer Anlauf zu innerer Stabilisierung gefeiert wird, heißt in der Kirche des Landes „dopo Loreto“. Gemeint ist damit nicht irgendeine neue kirchliche Zeitrechnung, die mit dem mittelitalienischen Marienwallfahrtsort zu tun hat, sondern der dort in der Osterwoche 1985 (9. bis 13. April) veranstaltete „convegno ecclesiale“, eine Art nationaler Katholikenkongreß (vgl. HK, Mai 1985, 205–208).

Der Kongreß, von Diözesan delegierten aus ganz Italien beschiedt, in Deutschland am ehesten den früheren Arbeitstagungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, den sog. „Kleinen Katholikentagen“, vergleichbar, sollte eine Art *Ortsbestimmung des italienischen Katholizismus 20 Jahre nach dem II. Vatikanum* und angesichts der sich in den letzten Jahren deutlich abzeichnenden gesellschaftlichen und religiösen Herausforderungen vornehmen. Sein wesentliches Ergebnis war – wenigstens unter denen, die die Beratungen und Ergebnisse bewußt zur Kenntnis nahmen – ein *neues*, dem italienischen, in einer verstreut-dynamischen Vielfalt seiner Kräfte lebenden Katholizismus bisher weitgehend fehlendes *Gemeinschaftsbewußtsein*.

Man hat in Loreto erfahren, was auf der Ekklesiologie des II. Vatikanums aufbauende Kirchlichkeit ist. Und man hat sich selbst bewußtmachen können, daß Christen kontrovers miteinander diskutieren und sich dennoch als Kirche erleben können, ohne gegensätzliche Positionen verwischen oder unterschiedliche, auch miteinander konkurrierende Spiritualitäten durch faule Kompromisse verwässern zu müssen. Die das gegenwärtige *Pastoralprogramm der Bischöfe* und den Kongreß von Loreto bestimmenden Stichworte „reconciliazione“ (Versöhnung), „promozione umana“ (Sorge um den Menschen), „comunione“ (Gemeinschaftlichkeit), „comunità“ (Gemeinschaft, in doppeltem Sinne von kirchlicher und politisch-gesellschaftlicher Gemeinschaft) waren nicht nur *thematische Wegmarkierungen*, sondern drückten den *Geist* aus, in dem man in Loreto zusammen beriet und ein Stück weit auch das atmosphärisch wahrnehmbare Ergebnis: die allseits gelobte „kirchliche Reife“ besonders der Laien (Kardinal *Anastasio Alberto Ballestrero*). Dabei war man „ekklesial“ ganz bei sich und doch sehr deutlich bei den Fragen, die die Bevölkerung und das Land als Ganzes bewegen. Vielleicht war sogar eine neue „Dienstbereit-

schaft“ an der politischen Gemeinschaft und eine spürbar zunehmende Sensibilität für *ethische Fragen, soweit sie gesellschaftliche sind*, das eigentlich Neue an „Loreto“.

Herausgekommen ist überdies das Empfinden von einem *neuen Eigenprofil*, wobei vermutlich das Gefühl selbst einstweilen das entscheidende ist und sich noch schwer sagen läßt, wie das Profil des italienischen Katholizismus heute wirklich aussieht. Das heißt aber nicht, daß in der Kirche Italiens nicht tiefgreifende Wandlungen vor sich gegangen sind und daß sich gerade in ihr ein neues Selbst- und Weltbewußtsein abzeichnet. Auf eine gewiß noch sehr vorläufige, aber doch eindrucksvolle Weise ist in Loreto die *Ernte von 20 Nachkonzilsjahren*, in denen Italien zugleich den größten gesellschaftlichen und religiösen Umbruch seit der politischen Einigung des Landes erlebt hat, eingefahren worden. *Bartolomeo Sorge* (vgl. *aggiornamento sociali*, Juni 1985, S. 410) sprach im Zusammenhang mit dem Kongreß nicht zu Unrecht von einer „klärenden Lektüre der Nachkonzilszeit“. Und was beachtlich ist: Das Ergebnis ist kein abgrundtiefer Pessimismus und auch kein billiger Überschwang. Man weiß, was der Katholizismus im modernen Italien alles verloren hat. Man wollte lange die Folgen einer zeitverschoben einsetzenden „Entkirchlichung“ nicht zur Kenntnis nehmen, hat aber inzwischen aus den eigenen Niederlagen (die Referenden über die Ehescheidungs- und Abtreibungsgesetzgebung waren dafür ebenso bittere wie hilfreiche Beispiele) gelernt.

Seitdem hat die Kirche in Italien sehr wohl realisiert, und zwar mit allen Konsequenzen, daß der Katholizismus auch im Lande des Papstes in seinen bekennenden oder auch nur „partiell“ dazugehörigen Gliedern eine *gesellschaftliche Minderheit* ist. Daß es mit der Fast-Gleichsetzung von Kirche und Gesellschaft längst und inzwischen auch mit dem traditionellen Schulterschluss („collateralismo“) zwischen Katholizismus und christlich-demokratischer Partei vorbei ist (vgl. auch ds. Heft, 393 ff.). Daß Säkularität der Gesellschaft auch bedeutet, daß ein politischer und „kultureller“ Meinungspluralismus auch innerhalb der Kirche Platz greift und daß jedes „Hegemonialdenken“ kulturell-gesellschaftlicher Art letztlich mit der nicht nur politischen, sondern gesellschaftlichen Isolierung der Katholiken enden würde.

Kardinal *Salvatore Pappalardo* hatte es bereits Monate vorher auf einem regionalen Vorkongreß für Sizilien so ausgesprochen und in Loreto wiederholt: es gehe nicht mehr um Vorrechte und Herrschaftsansprüche, sondern in allem und für die Kirche als ganze allein um eine „Präsenz des Dienens“ (vgl. *il regno-documenti*, 1. 5. 85, S. 299). Mit dieser Devise war keine Fortsetzung eines Rückzugs hinter die Kirchenmauern oder gar eine noch apostolischer werdende Kirche gemeint. Es besteht im Gegenteil der Eindruck, die Kirche in Italien habe sich noch kaum einmal so gemeinwesensbewußt verhalten wie gegenwärtig. Man könnte sogar von einer *bewußten neuen Zuwendung zum Staat* und von der Anmahnung verantwortlichen staatsbürgerlichen Verhaltens sprechen. Man

will nur nicht mehr aufoktroieren, sondern, das eigene Ethos einbringend, mit den anderen suchen und Verantwortung tragen (vgl. dazu insbesondere die Ausführungen des Präsidenten der Katholischen Aktion in Loreto; *il regno-documenti*, 1. 5. 85, 313 f.).

Damit sind die Auseinandersetzungen zwischen den immer wieder beschriebenen „zwei Seelen“ im italienischen Katholizismus – nach grober Einteilung verkörpert in der heutigen Katholischen Aktion auf der einen und von „comunione et liberazione“ auf der anderen Seite – keineswegs ausgestanden. Die „zwei Seelen“ sind mit dem Gegensatz zwischen den Anhängern der in der Zeit Pauls VI. auch vom Episkopat zur Grundlage der Gesellschaftsbeziehungen der Kirche gemachten sog. „*scelta religiosa*“, der religiösen Option und den sog. „Präsenzialisten“ – in diesen beiden Richtungen spiegeln sich ein Stück weit auch zwei unterschiedliche Pontifikate – nicht umfassend, aber doch zutreffend gekennzeichnet.

In beiden Fällen geht es um eine unterschiedliche Art, *gesellschaftlich* Kirche zu sein. Durch die religiöse Option wird klargestellt, daß sich die Kirche in allen Aktivitäten nur ihr gemäßer (religiöser und moralischer) Mittel bedienen darf. Die Weisen ihrer Präsenz in der Gesellschaft müssen *im Dialog* mit den verschiedenen in ihr wirksamen kulturellen Bewegungen vermittelt werden. Man will dabei nicht nur Politik und Kirche auseinanderhalten, sondern der ganzen politischen Gemeinschaft als Kirche dienen und gerade deswegen die Bindung *der Kirche* an eine Partei vermeiden. Für die Präsenzialisten hingegen gibt es letztlich nicht nur eine allein „wahre“ christliche „Kultur“, sondern diese muß möglichst geschlossen bis in den politischen Raum hinein ohne die vielfachen gesellschaftlichen Brechungen transportiert werden. Die gesellschaftliche Präsenz der Katholiken soll so auch politisch einheitlich sein.

Gerade wegen dieser, den italienischen Katholizismus gegenwärtig stark prägenden Auseinandersetzungen waren dem Kongreß von Loreto allerlei Befürchtungen vorausgegangen. Es war bekannt, auf welcher Seite vor allem der Papst und eine nicht unbeträchtliche Minderheit auch im Episkopat stand.

Ein Einschnitt: die Konkordatsrevision

Ausgestanden ist dieser Streit noch lange nicht. Durch beträchtliche Erfolge der Kandidaten der „comunione e liberazione“ verbundenen „Volksbewegung“ auf den Listen der DC bei den Gemeinde- und Regionalwahlen haben sich triumphalistische Töne in diesen Kreisen sogar deutlich verstärkt. Allerdings zeigt die auf ihrer letzten Vollversammlung Ende Mai/Anfang Juni verabschiedete „Pastoralnote“ der italienischen Bischöfe (vgl. Wortlaut in „*Civiltà cattolica*, 6. 7. 85), die sich die Grundlinien der Botschaft von Loreto in ihren hauptsächlichen Aussagen zu eigen macht, daß sich an der „*scelta religiosa*“ als einer Grundlinie des Episkopats nichts Entscheidendes geändert hat.

Das zweite Datum, für die Kirche in Italien wenigstens

staatskirchenrechtlich doch so etwas wie eine neue Zeitrechnung, ist die mit dem Austausch der Ratifizierungsurkunden am 3. Juni in Kraft getretene *Konkordatsrevision* vom 18. Februar 1984 (vgl. HK, April 1984, 157–159).

Ob diese Revision allerdings Grund zu besonderer Zuversicht für das kirchliche Leben in Italien sein kann, steht dahin. Denn die Konkordatsrevision als solche war zunächst einmal mehr ein politischer Prestigeerfolg der Regierung Craxi nach fast 17jähriger Vorbereitungszeit und verschiedenen erfolglosen Anläufen christlich-demokratischer Regierungen, und nicht wie antiklerikale Laizisten meinen, der Verhandlungskunst vatikanischer Diplomaten. Sie bringt nicht nur eine längst fällige Anpassung des Kirche-Staat-Verhältnisses an die tatsächlichen Gegebenheiten: das auch *formale Ende des konfessionellen Staates*, die Reduzierung des „heiligen“ Charakter Roms auf die Anerkennung der „besonderen Bedeutung“ der Stadt für die katholische Christenheit als Sitz des Papstes und eine liberalere Ehegesetzgebung als in den meisten säkularen Staaten, insofern der italienische Staat unter näher definierten Bedingungen der kirchlichen Eheschließung weiter die „staatsbürgerlichen Wirkungen“ (Art. 8, Abs. 1) zuerkennt, also die standesamtliche Trauung für kirchlich Heiratende nicht zur Pflicht macht. Sie führt auch zu wirklich grundlegenden Veränderungen in der Sicherung der (zivil)rechtlichen und der wirtschaftlichen Grundlage der Kirche.

Die Bestimmungen wurden zwar konkordatär vereinbart und wie der Konkordatstext von beiden Kammern des Parlaments gebilligt. Sie sind aber nicht im Konkordat selbst, sondern in dem von der Paritätischen Kommission erarbeiteten Zusatzprotokoll von 75 Artikeln enthalten. Das Zusatzprotokoll setzt rechtlich fest, wer und was eine kirchliche Körperschaft staatlichen Rechts ist. Es umschreibt zugleich den steuerrechtlichen Status (Gleichstellung mit gemeinnützigen Einrichtungen, soweit sie religiöse, erzieherische oder karitative Aufgaben erfüllen) der kirchlichen Einrichtungen. Und schließlich das wichtigste: Sie regeln die Finanzierung der Entlohnung des Klerus.

Viel einschneidender und problematischer ist die *Neuorganisation des Unterhalts des italienischen Klerus*, aus der sich der Staat mit dem Wegfall der „*congrua*“ (vgl. HK, Februar 1985, 56) nach einer Übergangszeit bis 1990 ganz zurückzieht. Diese wird auf eine völlig veränderte Grundlage gestellt. Sie wird künftig allein durch einen *nationalen* und durch *diözesane Fonds* gewährleistet. In diese Fonds sollen alle dafür vorgesehenen Gelder einfließen. Die praktischen *Vorteile* der neuen Regelung, die insgesamt genau dem Grundtenor des Konkordates selbst („freie Kirche im freien Staat“) entsprechen, sind nicht zu übersehen: die Entlohnung wird gerechter, allzu krasse Unterschiede, soweit sie nicht von der Herkunftsfamilie des Klerikers her bedingt sind und durch Spenden *ad personam* unterlaufen werden, verschwinden. Die Kirche wird auch in diesem Punkt vom Staat unabhängig; auch jeder Anschein, man werde vom Staat ausgehalten, schwindet damit.

Die *Nachteile* sind allerdings auch zu beachten: Viele Geistliche erbringen als Beschützer und Instandhalter kirchlichen Kulturguts – in Italien ein in keiner Weise zu vernachlässigender Punkt – auch eine Leistung für die Gesamtöffentlichkeit, für die sie vom Staat nichts mehr erhalten. Und der einzelne Geistliche wird noch um einiges abhängiger von der eigenen Kirchenbehörde. Beide Punkte haben zu einem gewissen Rumoren im Klerus geführt, das sich auch in Leserbriefen in Tageszeitungen Luft machte. Weihbischof *Attilio Nicora* (Mailand), Kronjurist der italienischen Bischofskonferenz und (kirchlicher) Vorsitzender der Paritätischen Kommission, hat den letzteren Einwand mehr als einmal ausdrücklich zurückgewiesen. Was denn das für eine Mentalität sei, die eine Art „strukturelles Konfliktverhältnis“ zwischen dem Priester und seiner Diözesanleitung voraussetze (vgl. *Vita pastorale*, August/September 1985, S. 11).

Manche Kleriker hatten offenbar recht rudimentäre Vorstellungen von Abhängigkeit. Sie meinten wohl, ein Bischof könne einen widerborstigen Geistlichen einfach ohne Bindung an nachprüfbare Normen den Unterhalt entziehen.

Doch ein sehr handfestes Problem ist die Sicherung der Finanzierungsgrundlagen: künftig kann in Italien jeder bis ca. 1700 DM im Jahr steuerfrei der Kirche spenden. Und 0,8% (acht Tausendstel) der Lohn- und Einkommenssteuer können vom Steuerpflichtigen für *kirchliche oder sonstige gemeinnützige Zwecke* abgezweigt werden. Das ist wenig und kann auch durch kirchliche Eigenmittel nicht zureichend aufgestockt werden. Überdies haben bei einer ersten Umfrage des angesehenen Doxa-Institutes sich nur ca. 14 Prozent der Bevölkerung, also nicht einmal alle regelmäßigen Gottesdienstbesucher, bereit erklärt, die Beträge der Kirche zukommen zu lassen, die ihnen möglich sind bzw. die das Gesetz zuläßt.

Zuversicht trotz Unsicherheit

Es ist also – wiederum zeitlicher Zufall – ein wenig wie mit der neugewonnenen Zuversicht im politischen Italien auch im kirchlichen: Man hat sich neu gefunden, glaubt über die Krisen der Vergangenheit hinausgewachsen zu sein, seine Lektion gelernt und *sterilen Dissens überwunden* zu haben (kaum einer spricht noch vom „cattolicesimo di dissenso“ der späten sechziger und frühen siebziger Jahre; es gibt ihn nicht einmal mehr in noch wahrnehmbaren Resten). Aber vieles ist abgebröckelt. Die Abwendung von der Kirche ist sicher noch lange nicht zu Ende. Und wie im Staat eine nicht zuletzt durch die staatliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geschwächte Wirtschaft die neugewonnene politische Stabilität jederzeit gefährden kann, so *unsicher ist das materielle Fundament*, das das Leben eines kirchlich tiefgewandelten italienischen Katholizismus tragen und die kirchliche Arbeit stützen soll.

Damit ist die Vergleichbarkeit allerdings auch schon zu Ende. Denn natürlich folgt die Kirche Italiens in vielem

dem Unvermeidbaren. Aber sie hat gelernt, auf Privilegien zu verzichten und sie hat es auch zunehmend aufgegeben, andere durch Bevormundung oder durch Vorspielen einer falschen Sicherheit zu beeinflussen. Und sie wandert auch nicht einfach ab in die eigenen, kleiner gewordenen Gehäuse. Sondern sie will durch Zeugnis überzeugen und in den Kernen der Kirche aus einer neu gewonnenen, sakramental grundierten Kirchlichkeit heraus neue missionarische Kraft – die „neue Missionarität“ ist eines der häufigsten Stichworte nach Loreto – auch für den Dienst an der sie umgebenden Gesellschaft gewinnen.

In dieser Gesinnung, wenn auch nicht ohne Zögern und inneren Widerstand hat die italienische Kirche mit ihren Bischöfen auch die Regelung nach Art. 9, Abs. 2 des neuen Konkordates hingenommen, der den *Religionsunterricht* an den staatlichen Schulen (ab Schuljahr 1986/87) zum fakultativen Fach macht und seinen freiwilligen Besuch von einer ausdrücklichen Anmeldung durch die Eltern oder durch den Schüler selbst abhängig macht. Sie hat auf diese neue Herausforderung zunächst einmal mit einer ersten *Neuordnung der Ausbildungsgänge für Lehrkräfte*, die für die Erteilung des Religionsunterrichts in Frage kommen, reagiert. Neben dem Erwerb von theologischen akademischen Graden sind für den Elementarbereich eigene Lehrgänge an religionswissenschaftlichen Instituten und theologischen Schulen für Laien vorgesehen (vgl. den Wortlaut des entsprechenden Papiers der Bischofskommissionen für die Glaubenslehre und für katholische Erziehung in: *il regno-documenti*, 1. 7. 85, S. 409–418). Sie hat damit den Umstand bedacht, daß die Personalfrage, die schon in der Vergangenheit die eigentliche Schwäche war, künftig noch wichtiger und zugleich schwieriger wird. Die Kirche kann dabei aber auch auf ein *neu erwachtes theologisches Interesse bei vielen Laien* rechnen.

Von Dynamik überströmen kann heute keine Kirche in Europa. Aber in der Kirche Italiens finden sich örtlich, in Gruppen und in überregionalen Bewegungen *spirituelle Energien*, die man anderswo vergeblich sucht. Sie ist als eine „rückständige“ Kirche in das Konzil gegangen. Aber der sie dann überrollende Polarisierungs- und Säkularisierungsprozeß hat sie zu tieferem Wandel gezwungen, als dies andernorts geschah, wo man meinte, dem Konzil vorausgeeilt zu sein. Umgekehrt hat die konziliare Öffnung es ihr erleichtert, im gesellschaftlichen und kirchlichen Umbruch sich selbst zu finden und wieder Sensibilität für gesellschaftliche und kulturelle Vorgänge zu entwickeln. – Der gegenwärtige Papst mit seiner Vorstellung von einer gesellschaftlich, auch politisch couragierteren Kirche, den „Präsenzisten“ sehr viel näherstehend als den vermittelnden „Dialogikern“, hat seinerseits dazu beigetragen, daß die Kirche Italiens mehr zu sich selbst und zu den Problemen des Landes fand.

Diese ist heute jedenfalls geistig *keine „von außen“ lebende Kirche* mehr. Es gibt ein blühendes katholisches Zeitschriftenwesen, darin ist eine neue Munterkeit und Lebensnähe zu spüren! Man hat eine lebensnähere kateche-

tische Praxis entwickelt, die durch die gegenwärtig laufende Katechismusrevision hoffentlich nicht allzu kleinlich reglementiert wird. Es sind auch – wenn sie noch die Ausnahme sein mögen – lebendigere Gemeinden im Miteinander von Klerikern und Laien entstanden. Es gibt eine eigenständiger werdende Theologie und mehr produktive Gestalten gerade unter den jüngeren Theologen. Auch im Episkopat gibt es wieder Persönlichkeiten von nationalem Gewicht. Den Patriarchen von Venedig (Cé) oder die Kardinäle von Mailand (Martini) und von Palermo (Pappalardo) kennt man nicht nur in ihren Diözesen (letzteren auch übrigens nicht nur wegen seiner mutigen und ermutigenden Predigten gegen die Mafia). Und es scheint in der italienischen Bevölkerung, trotz ihres säkularistischen Nachholbedarfs und des geschichtlich begründeten scharfen Antiklerikalismus laizistischer Führungseliten, auch noch ein *breiterer Resonanzboden für kirchliche Verkündigung* dazusein als etwa in Frankreich oder in der Bundesrepublik. Fast alle einschlägigen Daten aus einer erst in Teilen bekannten europäischen Vergleichsstudie bestätigen dies. Auch der Bruch zwischen der älteren und der jüngeren Generation im religiösen Profil ist nicht so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Ein wenig Zuversicht trägt die Kirche Italiens als eine

„entwaffnete“ und vermutlich noch ärmer werdende also auch insofern zu Recht.

Gewisse untergründige, in Loreto ziemlich deutlich sichtbar gewordene Spannungen zwischen dem Papst aus Polen, der den Bischöfen dieses Landes trotz ausgesprochenen Wunsches es nicht überlassen hat, den Vorsitzenden ihrer Konferenz selbst zu wählen und in der Person des Kardinalvikars für seine römische Diözese (Ugo Poletti) eine eher überraschende Lösung gefunden hat, wirken dabei eher belebend. Und so wurde auch die mehr organisatorische Profil und direkte und einheitliche, auch politische Präsenz fordernde Rede des Papstes in Loreto verstanden (vgl. Wortlaut in „Civiltà cattolica“, 6. 7. 85, S. 44–55). Da die Erfahrungen mit Loreto auch für die überwiegende Mehrheit des Episkopats positiv waren, ist anzunehmen, daß der Satz des früheren Vorsitzenden, Kardinal Ballestrero, die Kongreßverfahren werde sicher eine Fortsetzung finden, auch für seine Nachfolger gilt. Die Bischöfe haben allerdings in ihrer „Pastoralnote“ als einzige konkrete Maßnahme die Wiedereinführung der vor 17 Jahren aufgelösten Sozialen Wochen angekündigt. Vielleicht wäre es hilfreicher, auch im Sinne eines neu zu sichernden organisatorischen Profils die Kongreßverfahren von Loreto direkt fortzusetzen. *Andrea Dallago*

„Die entscheidenden Grundpfeiler sind intakt“

Ein Gespräch mit Brigadegeneral Werner von Scheven über Auswirkungen der Friedensbewegung auf die Bundeswehr

Auch wenn die Friedensbewegung ihren Höhepunkt überschritten hat: Die erregten Auseinandersetzungen der letzten Jahre über Friede und Rüstung haben ihre Spuren hinterlassen. Ob und inwieweit das auch für die Bundeswehr gilt, darüber sprachen wir mit Brigadegeneral Werner von Scheven. Er leitet die Abteilung I im Führungsstab der Streitkräfte, die u. a. für innere Führung und politische Bildung zuständig ist. Die Fragen stellte Ulrich Rub.

HK: Herr General von Scheven, selbst die engagiertesten Vertreter der Friedensbewegung geben unumwunden zu, daß diese Bewegung gegenwärtig in einer massiven Krise steckt, sowohl organisatorisch wie argumentativ. Diese Entwicklung wird sicher gerade bei der Bundeswehr sorgfältig beobachtet und analysiert. Sind Sie eigentlich froh darüber, daß es so gekommen ist?

von Scheven: Nein, wir sind nicht froh darüber. Schließlich hat die Bundeswehr ebensowenig ein innenpolitisches Feindbild wie ein außenpolitisches. Allerdings stellen wir mit einer gewissen Genugtuung fest, daß wir mit der Einschätzung der Friedensbewegung als eines heterogenen Gebildes richtig lagen, das eigentlich nur durch die Parole „Stoppt die Nachrüstung“ zusammengehalten wurde und zu gemeinsamen Aktionen fähig war. Inzwischen hat sich

deutlich herauskristallisiert, welche Gruppen in der Friedensbewegung für uns Gesprächspartner sein können, weil sie kenntnisreich und diskussionsfähig genug sind, um die notwendige weitere Debatte zu führen. Ich setze mich persönlich dafür ein, daß Soldaten auch das Positive an der Friedensbewegung sehen.

„Die Bundeswehr hat die Anfragen zunächst nur zögernd angenommen“

HK: Wo würden Sie die Grenze ziehen? Mit welchen Teilen der Friedensbewegung, so wie sie sich zur Zeit darstellt, ist von der Bundeswehr aus gesehen das Gespräch möglich und mit welchen nicht?

von Scheven: Das Gespräch mit der Friedensbewegung ist im ganzen dadurch leichter geworden, daß an die Stelle der fast irrationalen Aufwallung am Beginn der neuen Friedensdiskussion inzwischen vielfach die Debatte um die geltende Strategie und Alternativen dazu getreten ist. Dieser Debatte kann sich die Bundeswehr besser stellen und ihre Argumente beisteuern. Es gibt aber immer noch Gruppen in der Friedensbewegung, die sich im Besitz der absoluten Wahrheit glauben und deshalb auch gar nicht bereit sind, auf unsere Argumente ernsthaft einzugehen.